

Privatrecht

Bürgerliches Recht, Handelsrecht, Gesellschaftsrecht, Kapitalmarktrecht, Insolvenzrecht

von

Dr. jur. Wolfgang Kallwass, Dr. jur. Peter Abels

22. Auflage

Verlag Franz Vahlen München 2015

Verlag Franz Vahlen im Internet:

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 4930 3

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de

Kallwass/Abels
Privatrecht

beck-shop.de

beck-shop.de

Privatrecht

Bürgerliches Recht, Handelsrecht,
Gesellschaftsrecht, Kapitalmarktrecht,
Insolvenzrecht

von

Dr. jur. Wolfgang Kallwass
Diplom-Psychologe

Dr. jur. Peter Abels
Diplom-Psychologe

22., ergänzte und überarbeitete Auflage

Verlag Franz Vahlen München

Über die Autoren

Dr. jur. Wolfgang Kallwass und **Rechtsanwalt Dr. jur. Peter Abels** sind Gesellschafter der Deutschen Akademie für Steuern, Recht & Wirtschaft in Köln.

Nähere Informationen über die Deutsche Akademie für Steuern, Recht & Wirtschaft – Abels Kallwass Stitz finden Sie im Internet unter www.aks-online.de

ISBN 978-3-8006-4930-3

© 2015 Franz Vahlen GmbH, Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz: Fotosatz Buck, Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen
Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH
Neustädter Str. 1–4, 99947 Bad Langensalza

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 22. Auflage

Seit der ersten Auflage folgt dieses Buch dem Ideal, das Recht mit den Augen des Lernenden zu sehen und es in einer klaren, leicht verständlichen Sprache darzustellen. Das ist vielleicht der entscheidende Grund, weshalb das „Privatrecht“ seit Jahrzehnten bei seinen drei Leserkreisen eine so weite Verbreitung findet.

Den ersten und größten Leserkreis bilden Wirtschaftsstudenten, die eine anspruchsvolle Prüfung im Fach Privatrecht ablegen müssen. Sie haben hier ein Buch, das den gesamten Prüfungsstoff des Bürgerlichen Rechts (auch: des Privatvermögensrechts) enthält, außerdem des Handelsrechts und des Gesellschaftsrechts, das an vielen Hochschulen zum Prüfungsstoff gehört. Nur wenige Hochschulen erwarten Basis-Kenntnisse im Zivilprozess und Insolvenzrecht – dieser Teil ist hier kurz gefasst.

Den zweiten Leserkreis hat das Buch unter Rechtsstudenten gefunden, vor allem in den neuen Studiengängen. Rechtsstudenten machen oft die Erfahrung, dass sie im Laufe ihrer Semester differenzierte Kenntnisse auf einzelnen Gebieten des Privatrechts erworben haben, dass ihnen aber eine solide Basis fehlt, in die sie ihr Wissen integrieren können.

Außerdem dient das Buch als Basis der Vorbereitung auf die Prüfung im Fach Wirtschaftsrecht für angehende Wirtschaftsprüfer; es gehört zum Lehrmaterial der Deutschen Akademie für Steuern, Recht und Wirtschaft in Köln.

Der Wissensstoff ist nicht nach dem äußeren Aufbau der Gesetze, sondern nach Sach- und Problemkreisen geordnet. Bei wissenschaftlichen Streitfragen wird im Text der Standpunkt der Rechtsprechung dargestellt; abweichende Ansichten und Kritik an der Rechtsprechung finden sich lediglich in den Fußnoten. Die Darstellung der einzelnen Rechtsgebiete beginnt jeweils mit einer einführenden Übersicht und endet mit einer Zusammenfassung in Form eines Klausurschemas für die Lösung eines praktischen Falls; Wissensstoff und Klausurtechnik werden also jeweils zusammen in einem integrierten Arbeitsgang vermittelt. Im abschließenden Abschnitt sind die einzelnen Schemata in zwei große Klausurschemata zusammengefasst, die in hoch konzentrierter Form den wesentlichen Inhalt dieses Buches, das Kernwissen für die Prüfung im Fach Privatrecht, enthalten.

Seit ein paar Jahren bietet das Buch auch eine (lernpsychologisch fundierte) Gebrauchsanleitung. Wer ihr folgt, lernt nicht nur besser Jura, er lernt auch, lernpsychologisch besser zu studieren.

Seit der 20. Auflage hat das Buch zwei Autoren. Wir beide, Peter Abels und Wolfgang Kallwass, sind Juristen und Psychologen; wir arbeiten seit vielen Jahren als Gesellschafter der Akademie zusammen und haben viele Teile des Lehrmaterials gemeinsam erarbeitet.

Die vorliegende 22. Auflage wurde ergänzt und überarbeitet unter besonderer Berücksichtigung der europäischen Gesetzgebung, die sich immer stärker auf das deutsche nationale Recht auswirkt. So wurde das Verbraucherschutzrecht neu konzipiert. Neu eingefügt wurde außerdem ein Abschnitt über das Kapitalmarktrecht. Dieser ersetzt den bisherigen Teil zum Scheck- und Wechselrecht, da der nicht elektronische Zahlungsverkehr nur noch von geringer Bedeutung ist. Die Grundlagen des Wertpapierrechts bleiben erhalten.

Wir danken Herrn Rechtsanwalt Frank Michael Bauer, Herrn Rechtsanwalt Marco Clemens sowie Herrn Max Steinhausen Jurist (Univ.) für die wertvolle Mitarbeit und Unterstützung.

Köln, im Januar 2015

Wolfgang Kallwass

Peter Abels

beck-shop.de

Bitte lesen Sie zunächst diese Gebrauchsanleitung

1. Die Reihenfolge

Wir raten Ihnen, dieses Buch mit einem **Kurzdurchgang** zu beginnen, der Ihnen ein erstes Wissen über die Grundstruktur und die wichtigsten Regeln des BGB vermittelt. Nach unserer langjährigen didaktischen Erfahrung ist diese „erste Bahnung“ besonders lernökonomisch.

Am besten gehen Sie in dieser Reihenfolge vor:

- § 1 I (Vorbemerkung)
- § 4 II (Aufbau des BGB)
- § 8 (Die wichtigsten Rechtsbegriffe)
- § 10 (Vertragsfreiheit)
- § 28 I (Stellvertretung)
- § 35 (Grundbegriffe des Schuldrechts)
- § 37 (Vertragsverletzung und unerlaubte Handlung)
- § 60 (Grundsätze über dingliche Rechte)
- § 61 (Besitz)
- § 62 (Übereignung von beweglichen Sachen)
- § 70 I, II (Gutgläubensschutz bei beweglichen Sachen)
- § 74 (Übergabeprinzip und Eintragungsgrundsatz).

Nach dem Kurzdurchgang fahren Sie im Buch mit dem ersten Abschnitt oder mit einem Abschnitt fort, der Ihrem konkreten Bedürfnis (z.B. dem Thema in einer Nahunterrichtsveranstaltung) entspricht.

2. Lesen im Gesetz

Es ist **unerlässlich**, dass Sie **jeden** von uns zitierten Paragraphen im Gesetz nachlesen. Diese scheinbar lästige Aktion vermittelt Ihnen das notwendige Handwerkszeug. Eine Ausnahme bildet der 8. Abschnitt über das Prozess- und Insolvenzrecht, der für die mündliche Prüfung bestimmt ist.

3. Lernpsychologie

Sie können sich die Arbeit mit dem Buch erheblich erleichtern, indem Sie von den Erkenntnissen der Lernpsychologie Gebrauch machen.

a) Aktives Lesen

Es beginnt damit, dass Sie **aktiv lesen**, indem Sie die wichtigsten Textstellen **unterstreichen** oder mit einem **Marker** kennzeichnen. **Noch** besser arbeiten Sie, wenn Sie sich von dem Inhalt eine **gegliederte Zusammenfassung** anfertigen.

b) Die kleine Tagesportion

Wählen Sie für das Durcharbeiten **kleine Tagesportionen mit kurzen Wiederholungen**. Ein solches **verteiltes Lernen** ist ökonomischer als das sog. **massierte Lernen**, bei dem große Portionen durchgearbeitet und in größeren Abständen (falls überhaupt) wiederholt werden. Viele Studierende arbeiten auf diese unökonomische Weise: Sie schieben zunächst auf bis kurz vor der Prüfung und arbeiten dann bis in die Nacht, weil sie meinen, dass sie sonst zu viel Zeit verlieren. Das Gegenteil ist der Fall, da zu viel des Gelesenen schon vor der Prüfung wieder verloren geht.

c) Pausen

Machen Sie spätestens nach jeweils 45 Minuten eine Lernpause von 5–10 Minuten, in der Sie **nichts lesen**. Ihr Hirn braucht diese kleine Pause, um das Gelesene zu verarbeiten.

d) Die erste Wiederholung

Damit der Lernstoff in Ihr **Langzeitgedächtnis** eingeht, müssen Sie ihn **wiederholen**. Die erste Wiederholung machen Sie am besten **innerhalb von 24 Stunden nach dem Lesen**, also praktisch am gleichen oder am darauf folgenden Tag. Innerhalb dieser Zeit tritt nämlich der größte Informationsverlust durch Vergessen auf (**ca. 70 %!**).

Für die erste Wiederholung reicht es aus, Ihre gegliederte Zusammenfassung und die relevanten Vorschriften im Gesetz durchzugehen. Nur wenn Ihre Zusammenfassung **sehr dürftig** ist, müssen Sie den Text im Buch nochmals kurz lesen.

e) Verbindung mit Nahunterricht

Besonders günstig ist es für Sie, wenn Sie das Durcharbeiten des Buches mit dem Besuch einer **Vorlesung**, einer **Übung** oder einer sonstigen Art von **Nahunterricht** verbinden. Im Idealfall – den Sie natürlich nicht immer erreichen – können Sie in drei Etappen vorgehen:

- (1) Kurz **vor** dem Nahunterricht (z.B. am Vortag) lesen Sie die einschlägigen Stellen im Buch aktiv durch.
- (2) **Während** des Nahunterrichts machen Sie sich Notizen, die Sie schon beim Niederschreiben etwas **gliedern** (aktives Hören). Außerdem lesen Sie **alle** von dem Dozenten zitierten Vorschriften im Gesetz nach (notfalls Mut aufbringen und den Dozenten bitten, dass er Ihnen dazu die nötige Zeit lässt).
- (3) Kurz **nach** dem Nahunterricht arbeiten Sie die gegliederten Notizen aus dem Nahunterricht durch und lesen **nochmals** die zitierten Vorschriften im Gesetz nach.

f) Die zweite Wiederholung

Zur Absicherung des Lernerfolgs brauchen Sie eine **zweite Wiederholung**. Dafür bieten sich die vielen Zusammenfassungen in diesem Buch und die beiden großen Aufbauschemata am Ende an (§§ 125, 126). Für diese Wiederholung können Sie sich Zeit lassen.

Auch hier gibt es eine **ideale Kombination**, nämlich die Verbindung des Durcharbeitens mit dem Schreiben von **Übungsklausuren** aus dem behandelten Gebiet.

4. Motivation

Noch zwei Bemerkungen zur Motivation:

- (1) Jedes Lernen wird durch **Spaß** an der Materie **erleichtert**. Sie sind deshalb im **Vorteil**, wenn Sie (ohne Selbstbetrug) feststellen, dass das Fach Privatrecht eine **interessante Materie** ist.
- (2) Jedes Lernen wird durch zu viel **Angst** und **Stress** gebremst. Stellen Sie deshalb keine Superprogramme auf, die Sie nicht einhalten können. Den Erfolg bringen die kleinen Tagesportionen.

5. The Learning of the Learning

Wenn Sie es schaffen, sich mit dieser Gebrauchsanleitung anzufreunden, haben Sie nicht nur beim Erlernen des Fachs Privatrecht erhebliche Vorteile. Sie sind auch in allen anderen Fächern im Vorteil, weil Sie gelernt haben, **lernpsychologisch richtig zu studieren**.

Viel Erfolg!

Wolfgang Kallwass

Peter Abels

beck-shop.de

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 22. Auflage	V
Gebrauchsanleitung	VII
Inhaltsverzeichnis	XIX
Abkürzungen	LI

Erster Abschnitt: Einführung

§ 1. Die Arbeit des Juristen	1
§ 2. Privatrecht und öffentliches Recht	13
§ 3. Zur Geschichte des Privatrechts	14
§ 4. Das Bürgerliche Gesetzbuch	16
§ 5. Das Handelsgesetzbuch	21
§ 6. Grundgesetz und Europarecht	23
§ 7. Sonstige Rechtsquellen	25
§ 8. Die wichtigsten Rechtsbegriffe	27

Zweiter Abschnitt: Rechtsgeschäfte

1. Kapitel: Die Privatautonomie und ihre Grenzen

§ 9. Privatautonomie und Rechtsgeschäft.	35
§ 10. Die Vertragsfreiheit.	37
§ 11. Die Form des Rechtsgeschäfts.	40
§ 12. Die Rechtsstellung der Minderjährigen.	45

2. Kapitel: Der objektive Teil der Willenserklärung

§ 13. Die Kundmachung des Willens	48
§ 14. Die Auslegung der Erklärung	50
§ 15. Der Vertrag insbesondere Konsens und Dissens	51
§ 16. Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)	53

3. Kapitel: Der subjektive Teil der Willenserklärung

§ 17. Der Fragenkreis im Allgemeinen	57
§ 18. Unser Vorgehen im Einzelnen	58
§ 19. Erklärung und Geschäftswille	60
§ 20. Erklärung und Motiv	64

§ 21. Erklärung und Wirklichkeit. Der Eigenschaftsirrthum	65
§ 22. Zusammenfassung	68

4. Kapitel:

Das Wirksamwerden der Erklärung

§ 23. Übersicht.	68
§ 24. Empfangsbedürftige Erklärungen	69

5. Kapitel:

Abstrakte Rechtsgeschäfte

§ 25. Übersicht.	73
§ 26. Einzelfälle.	77
§ 27. Abstrakte Verpflichtungsgeschäfte	79

6. Kapitel:

Stellvertretung

§ 28. Die allgemeinen Regeln	80
§ 29. Prokura und Handlungsvollmacht.	86
§ 30. Ähnliche Fälle. Abgrenzung	89

7. Kapitel:

Rechtsschein und fehlerhafte Verhältnisse

§ 31. Vorbemerkung	91
§ 32. Rechtsschein.	91
§ 33. Fehlerhafte Verhältnisse.	95

8. Kapitel:

Zusammenfassung und Prüfungsschema: Rechtsgeschäfte

§ 34. Das Zustandekommen eines Vertrages	98
--	----

Dritter Abschnitt:

Schuldverhältnisse

§ 35. Überblick. Grundbegriffe des Schuldrechts	101
---	-----

1. Kapitel:

Vertragliche Primäransprüche

§ 36. Die Vertragstypen des Schuldrechts	105
--	-----

2. Kapitel:

Vertragsverletzung und unerlaubte Handlung

§ 37. Übersicht.	112
-----------------------	-----

1. Unterkapitel:

Unerlaubte Handlung und Gefährdungshaftung

§ 38. Enumerations- und Verschuldensprinzip	114
§ 39. Die Haftung der juristischen Personen	120
§ 40. Gefährdungshaftung	122
§ 41. Haftung für ein Unterlassen	124
§ 42. Kausalität und Adäquanz. Der Ersatzanspruch.	126
§ 43. Zusammenfassung und Anspruchsschema: Unerlaubte Handlung und Gefährdungshaftung	129

2. Unterkapitel:

Verletzung von vertraglichen und vorvertraglichen Pflichten

§ 44. Das Dreiphasenmodell und das Vertretenmüssen	130
§ 45. Unmöglichkeit	137
§ 46. Leistungsverzögerung und Verzug	145
§ 47. Die Schutzpflichtverletzung. Erweiterung der vertraglichen Haftung .	150
§ 48. Die Mängelhaftung beim Kauf	158
§ 49. Die Mängelhaftung beim Werkvertrag	182
§ 50. Geschäftsgrundlage	184

3. Unterkapitel:

Das Problem des Drittschadens

§ 51. Relativitätsprinzip. Enumerationsprinzip, Drittschadensliquidation. . .	189
---	-----

3. Kapitel:

Verbraucherschutzrecht

§ 52. Verbraucherschutzrecht im engeren Sinne	191
§ 53. Verbraucherschutzrecht im weiteren Sinne.	202

4. Kapitel:

Geschäftsführung ohne Auftrag als vertragsähnliches Schuldverhältnis

§ 54. Voraussetzungen und Rechtsfolgen bei der GoA.	207
--	-----

5. Kapitel:

Zusammenfassung und Klausurschemata: Vertrag und unerlaubte Handlung

§ 55. Fälle mit Schwerpunkt im Schuldrecht	209
§ 56. Anspruchsschema: Vertrag und unerlaubte Handlung	212
§ 57. Verjährung	222

Vierter Abschnitt:

Sachen, Sachenrechte, Kreditsicherungen

1. Kapitel:

Die Grundbegriffe

§ 58. Der Sachbegriff	229
§ 59. Bestandteile und Zubehör	230
§ 60. Allgemeine Grundsätze über dingliche Rechte	235
§ 61. Der Besitz	236

2. Kapitel:

Erwerb und Verlust des Eigentums an beweglichen Sachen

§ 62. Übereignung von beweglichen Sachen	238
§ 63. Verbindung, Vermischung, Verarbeitung	240
§ 64. Aneignung und Eigentumsaufgabe. Fund	241

3. Kapitel:

Sicherheiten an beweglichen Sachen und Forderungen

§ 65. Übersicht. Der Realkredit	242
§ 66. Pfandrechte	244
§ 67. Sicherungsübereignung und Sicherungszession	247
§ 68. Der Eigentumsvorbehalt	253
§ 69. Zusammenfassung und Aufbauschema: Die Rechtsbehelfe Dritter in der Zwangsvollstreckung und im Insolvenzverfahren	256

4. Kapitel:

Der Gutgläubensschutz bei beweglichen Sachen

§ 70. Übersicht	259
§ 71. Gutgläubiger Erwerb des Eigentums	264
§ 72. Gutgläubiger Erwerb des Pfandrechts	266
§ 73. Gutgläubig-lastenfreier Erwerb des Eigentums	267

5. Kapitel:

Dingliche Rechte an Grundstücken

§ 74. Traditionsprinzip und Eintragungsgrundsatz	269
§ 75. Das Grundbuch	270
§ 76. Hypothek, Grundschuld, Rentenschuld	272

6. Kapitel:

Zusammenfassung und Klausurschema: Sachenrecht

§ 77. Fälle mit Schwerpunkt im Sachenrecht	274
§ 78. Die Herausgabeansprüche aus Eigentum und aus ungerechtfertigter Bereicherung	276
§ 79. Anhang. Der sachenrechtliche Abwehranspruch aus § 1004 BGB	279

7. Kapitel: Personalkredit

§ 80. Übersicht.	280
§ 81. Bürgschaft und bürgschaftsähnliche Schuldverhältnisse	283
§ 82. Zusammenfassung und Aufbauschema: Haftung für Verbindlichkeiten Dritter kraft Vertrages	286

Fünfter Abschnitt: Kaufmann, Firma, Handelsgeschäfte

§ 83. Übersicht.	289
-----------------------	-----

1. Kapitel: Kaufmann und Firma

§ 84. Kaufleute.	289
§ 85. Personenhandelsgesellschaften	296
§ 86. Die Firma	297

2. Kapitel: Handelsgeschäfte

§ 87. Handelsgeschäfte	300
§ 88. Personeller Anwendungsbereich der Vorschriften über die Handelsgeschäfte	303

Sechster Abschnitt: Kapitalmarktrecht

§ 89. Einführung.	305
------------------------	-----

1. Kapitel: Grundlagen des Kapitalmarktrechts

§ 90. Der Kapitalmarkt als Teil des Finanzmarktes.	306
§ 91. Die Struktur des Kapitalmarkts	307
§ 92. Kapitalmarktrecht im engeren Sinne	311
§ 93. Ziele und Aufgaben des Kapitalmarktrechts	312
§ 94. Kapitalmarkt- und Finanzierungsprodukte	314
§ 95. Kapitalmarktaufsicht	316

2. Kapitel: Wesentliche Regelungsbereiche des Kapitalmarktrechts: Wertpapierhandelsrecht, Börsenrecht, Wertpapierprospektrecht und Investmentrecht

§ 96. Rechtsquellen des Kapitalmarktrechts.	318
§ 97. Wertpapierhandelsrecht.	320
§ 98. Börsenrecht.	331

§ 99. Wertpapierprospektrecht.....	334
§ 100. Investmentrecht.....	337

3. Kapitel:

Individueller Anlegerschutz

§ 101. Anspruchsgrundlagen des individuellen Anlegerschutzes	340
--	-----

4. Kapitel:

Grundlagen und Übertragung von Wertpapieren

§ 102. Übersicht	349
§ 103. Einfache (schlichte) Liberationspapiere.....	350
§ 104. Namenspapiere (Rektapapiere).....	351
§ 105. Orderpapiere	352
§ 106. Inhaberpapiere	352

Siebenter Abschnitt:

Gesellschaften und Vereine

§ 107. Vorbemerkung.....	355
--------------------------	-----

1. Kapitel:

Die Ordnungsgesichtspunkte

§ 108. Gesellschaften und Vereine.....	356
§ 109. Personen- und Kapitalgesellschaften.....	366
§ 110. Handelsgesellschaften.....	369
§ 111. Arten der Vermögensbindung	370

2. Kapitel:

Die wichtigsten Fragen

§ 112. Geschäftsführung und Vertretung	371
§ 113. Haftung, Beitrags- und Nachschusspflicht.....	380
§ 114. Gründung.....	385
§ 115. Die Übertragung von Mitgliedschaften	391
§ 116. Auflösung und Abwicklung.....	394

Achter Abschnitt:

Zivilprozess und Insolvenzverfahren

1. Kapitel:

Der Zivilprozess

§ 117. Übersicht	397
§ 118. Die Gerichte im Zivilprozess.....	399
§ 119. Das Erkenntnisverfahren.....	401
§ 120. Die Zwangsvollstreckung	407

§ 121. Übersicht	411
§ 122. Das Verfahren	412

**Neunter Abschnitt:
Die juristische Klausurarbeit**

§ 123. Die juristische Aufbautechnik	425
§ 124. Zusammenstellung der Falltypen und Klausurschemata	430
§ 125. Das große Grundscheema	431
§ 126. Sonderschema: Haftung für Verbindlichkeiten Dritter	447
Verzeichnis lateinischer Wörter und Sprüche	451
Sachregister	453

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 22. Auflage	V
Gebrauchsanleitung	VII
Inhaltsübersicht	XI
Abkürzungen	LI

Erster Abschnitt: Einführung

§ 1. Die Arbeit des Juristen	1
I. Vorbemerkung	1
1. Die beiden Prüfungsarten	1
2. Die Subsumtion	1
3. Der Aufbau der Gesetze	2
4. Der innere Zusammenhang	2
5. Die Gutachtentechnik	3
6. Die Sprache der Juristen	4
7. Die Wissenschaft vom Recht	4
II. Methoden	5
1. Begriffsjurisprudenz	5
2. Freirechtsschule	6
3. Interessenjurisprudenz	7
4. Wertungsjurisprudenz	7
III. Naturrecht, Relativismus, Positivismus	7
IV. Ermittlung und Anwendung des Rechts im Einzelnen. Auslegung und Rechtsfortbildung	10
1. Auslegung	10
2. Rechtsfortbildung	11
a) Analogie	11
b) Umkehrschluss	12
c) Wertung aus dem Geist der Rechtsordnung	12
§ 2. Privatrecht und öffentliches Recht	13
I. Privatrecht	13
II. Öffentliches Recht	14
§ 3. Zur Geschichte des Privatrechts	14
§ 4. Das Bürgerliche Gesetzbuch	16
I. Entstehungsgeschichte. Geist, Form und Fassung	16
II. Inhalt und äußerer Aufbau des BGB	18
1. Allgemeiner Teil	18
2. Ordnung nach der formalen juristischen Struktur: Schuldrecht und Sachenrecht	18
a) Relativität und Absolutheit	18

b) Schuldrecht	20
c) Sachenrecht	20
3. Ordnung nach der sozialen Realität: Familienrecht und Erbrecht ..	21
§ 5. Das Handelsgesetzbuch	21
I. Vorgeschichte, systematische Einordnung	21
II. Inhalt und äußerer Aufbau	22
1. Erstes Buch. Handelsstand.	22
2. Zweites Buch. Handelsgesellschaften und stille Gesellschaft	22
3. Drittes Buch. Handelsbücher.	22
4. Viertes Buch. Handelsgeschäfte	22
5. Fünftes Buch. Seehandel	23
§ 6. Grundgesetz und Europarecht.	23
I. Grundgesetz	23
II. Europarecht	24
§ 7. Sonstige Rechtsquellen.	25
I. Gesetz und autonome Satzung	25
II. Gewohnheitsrecht.	26
III. Verkehrssitte und Handelsbrauch	26
IV. Gerichtsgebrauch	26
V. Rechtslehre.	27
VI. Staatsverträge und Völkerrecht	27
§ 8. Die wichtigsten Rechtsbegriffe	27
A. Personen (Rechtssubjekte)	28
I. Natürliche Personen	28
II. Juristische Personen	28
1. Juristische Personen des Privatrechts.	28
a) Vereine	28
b) Stiftungen.	28
2. Juristische Personen des öffentlichen Rechts	28
a) Körperschaften	29
b) Anstalten und Stiftungen	29
B. Gegenstände (Rechtsobjekte)	29
I. Sachen.	29
II. Rechte	29
1. Absolute Rechte	29
2. Relative Rechte.	30
C. Berechtigter	30
I. Eigentümer.	30
II. Rechtsinhaber	30
D. Rechtlich erhebliches Verhalten	30
I. Rechtsgeschäfte.	30
1. Einseitige und mehrseitige Rechtsgeschäfte.	30
a) Einseitige Rechtsgeschäfte	31
b) Mehrseitige Rechtsgeschäfte.	31
2. Verpflichtungsgeschäfte und Verfügungsgeschäfte	31
a) Verpflichtungsgeschäfte	31

b) Verfügungsgeschäfte	32
II. Realakte (Tathandlungen)	33
III. Rechtsgeschäftsähnliche Handlungen	34
IV. Pflichtverletzung und unerlaubte Handlung	34

Zweiter Abschnitt: Rechtsgeschäfte

1. Kapitel:

Die Privatautonomie und ihre Grenzen

§ 9. Privatautonomie und Rechtsgeschäft	35
I. Das Rechtsgeschäft	35
II. Rechtsgeschäft	36
III. Willenserklärung	36
§ 10. Die Vertragsfreiheit	37
I. Kontrahierungszwang	37
II. Beschränkungen der Gestaltungsfreiheit	37
1. Zwingendes Recht. Typenzwang	37
a) Schuldrecht	37
b) Sachenrecht	38
c) Gesellschaftsrecht und eheliches Güterrecht	38
2. Gesetzliches Verbot	38
3. Gute Sitten	38
4. Treu und Glauben. Grundgesetz	39
5. Eingriffe durch den Gesetzgeber	40
§ 11. Die Form des Rechtsgeschäfts	40
I. Grundsatz	40
II. Gesetzliche Formen	41
1. Schriftform	41
2. Elektronische Form	42
3. Textform	42
4. Öffentliche Beglaubigung	43
5. Notarielle Beurkundung	43
III. Vereinbarte Formen	44
IV. Berufung auf Formmängel	44
§ 12. Die Rechtsstellung der Minderjährigen	45
I. Übersicht	45
II. Geschäftsfähigkeit und Prozessfähigkeit	45
1. Geschäftsunfähigkeit	45
2. Beschränkte Geschäftsfähigkeit	46
3. Betreuung	47
III. Deliktsfähigkeit	47

2. Kapitel:

Der objektive Teil der Willenserklärung

§ 13. Die Kundmachung des Willens	48
I. Ausdrückliche und stillschweigende Erklärungen.	48
II. Schweigen im Rechtsverkehr	48
1. Ausnahmen im BGB	49
2. Ausnahmen im Handelsrecht	49
§ 14. Die Auslegung der Erklärung	50
I. Die Auslegungsgrundsätze.	50
II. Mehrdeutige Äußerungen.	51
III. Ergänzung und Berichtigung.	51
§ 15. Der Vertrag insbesondere Konsens und Dissens	51
I. Angebot	52
II. Annahme	52
III. Dissens	52
IV. Versteigerung	53
§ 16. Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)	53
I. AGB und dispositives Recht	53
II. Die AGB als Vertragsbestandteil	54
III. Inhaltskontrolle.	54
1. Generalklausel	54
2. Klauselverbote mit Wertungsmöglichkeit.	55
3. Klauselverbote ohne Wertungsmöglichkeit	55
4. Das praktische Vorgehen	55
IV. Sachlicher und personeller Anwendungsbereich	55
1. Ausschluss vom AGB-Schutz	55
2. Einschränkungen des AGB-Schutzes.	55
3. Erweiterungen des AGB-Schutzes: Verbraucherverträge	56
a) Drittbedingungen.	56
b) Einmalbedingungen.	56
c) Die Umstände des Einzelfalls.	56
V. Kollision von AGB.	56

3. Kapitel:

Der subjektive Teil der Willenserklärung

§ 17. Der Fragenkreis im Allgemeinen	57
§ 18. Unser Vorgehen im Einzelnen	58
I. Der objektive Teil	58
II. Der subjektive Teil	58
1. Handlungswille	58
2. Erklärungsbewusstsein	58
3. Geschäftswille	59
4. Motiv	59
5. Zusammenfassung	59
III. Ausgleichende Schadensersatzansprüche	60

1. Vertrauensschaden	60
2. Culpa in contrahendo	60
§ 19. Erklärung und Geschäftswille.	60
I. Geschäftsirrtum und falsche Übermittlung	60
II. Geheimer Vorbehalt	62
III. Scherzgeschäft	62
IV. Scheingeschäft	63
V. Falsa demonstratio (Irrtümliche Falschbezeichnung)	63
§ 20. Erklärung und Motiv.	64
I. Grundsatz	64
II. Gemeinsamer Motivirrtum	64
III. Täuschung und Drohung	64
§ 21. Erklärung und Wirklichkeit. Der Eigenschaftsirrtum.	65
I. Vereinbarung von Eigenschaften	65
II. Geschäftlicher und außergeschäftlicher Irrtum	65
III. Eigenschaften der Sache	66
IV. Eigenschaften der Person	67
1. Eigenschaften des Erklärungsgegners	67
2. Eigenschaften eines Dritten	67
V. Zur praktischen Anwendung	67
§ 22. Zusammenfassung.	68

4. Kapitel: Das Wirksamwerden der Erklärung

§ 23. Übersicht.	68
I. Empfangsbedürftige Willenserklärungen	68
II. Nicht empfangsbedürftige Willenserklärungen	69
§ 24. Empfangsbedürftige Erklärungen	69
I. Erklärungen unter Abwesenden	69
1. Zugang	69
a) Der Machtbereich des Empfängers	70
b) Normale Umstände	70
2. Abgabe	70
II. Erklärungen unter Anwesenden	70
1. Verkörperte Erklärungen	70
2. Nicht verkörperte Erklärungen	71
III. Erklärungen an Mittelspersonen	71
IV. Hindernisse in der Empfängersphäre	72
V. Zusammenfassung	72

5. Kapitel: Abstrakte Rechtsgeschäfte

§ 25. Übersicht.	73
I. Das Trennungsprinzip	73
1. Verpflichtungsgeschäft	73

2. Erfüllungsgeschäfte	73
3. Wie viel Erklärungen?	73
II. Die Abstraktheit der Verfügungsgeschäfte	73
III. Der Ausgleich. Bereicherungsrecht und Rücktrittsrecht	74
1. Ungerechtfertigte Bereicherung	74
2. Rücktritt	75
IV. Der Grund der Abstraktheit	75
V. Versuche zur Einschränkung des Abstraktionsprinzips	76
1. Bedingungstheorie	76
2. Einheitstheorie	76
3. Kritik	76
VI. Zusammenfassung	77
§ 26. Einzelfälle	77
I. Vorbemerkung	77
II. Sittenverstoß	78
III. Geschäftsirrtum	78
1. Anfechtbarkeit des Grundgeschäfts	78
2. Anfechtbarkeit beider Geschäfte	79
3. Anfechtbarkeit nur des abstrakten Geschäfts	79
IV. Täuschung und Drohung	79
§ 27. Abstrakte Verpflichtungsgeschäfte	79
I. Schuldversprechen, Schuldanerkenntnis	79
II. Der Ausgleich	80

6. Kapitel: Stellvertretung

§ 28. Die allgemeinen Regeln	80
I. Die Voraussetzungen des § 164 I S. 1	80
1. Im fremden Namen	80
2. Im Rahmen der Vertretungsmacht	81
II. Erteilung der Vollmacht	81
1. Erklärung gegenüber dem Vertreter	81
2. Erklärung gegenüber Dritten	82
III. Scheinvollmacht (Anscheinsvollmacht)	82
IV. Außen- und Innenverhältnis. Erlöschen der Vollmacht	83
V. Selbstkontrahieren und Missbrauch der Vertretungsmacht	83
1. Grundsatz	83
2. Ausnahmen	84
3. Missbrauch der Vertretungsmacht	84
VI. Vertreter ohne Vertretungsmacht	85
1. Keine Bindung des Vertretenen	85
2. Haftung des Vertreters	85
VII. Übersicht	86
§ 29. Prokura und Handlungsvollmacht	86
I. Erteilung	87
II. Umfang	87

III. Erlöschen	88
IV. Eintragung	88
§ 30. Ähnliche Fälle. Abgrenzung	89
I. Bote	89
II. Mittelbare Stellvertretung, Ermächtigung	89
III. Treuhand im juristischen Sinne	90
1. Sicherungstreuhand	90
2. Verwaltungstreuhand	90
3. Doppelseitige Treuhand	90
IV. Zusammenfassung: Stellvertretung, Ermächtigung, Treuhand	90

7. Kapitel:

Rechtsschein und fehlerhafte Verhältnisse

§ 31. Vorbemerkung	91
§ 32. Rechtsschein	91
I. Handelsregister, Unternehmensregister	92
II. Scheinkaufmann	93
1. Registerschutz	93
2. Sonstige Fälle	94
3. Scheinhandelsgesellschaft	94
III. Scheinvollmacht (Anscheinsvollmacht)	94
IV. Inhaber- und Orderpapiere	94
§ 33. Fehlerhafte Verhältnisse	95
I. Ehe	95
II. Arbeitsrecht	95
III. Gesellschaftsrecht	96
1. Voraussetzungen	96
2. Rechtsfolgen	97
3. Fehlerhafte Veränderungen in der Gesellschaft	97
4. Fehlerhafte Gesellschaft, Scheinhandelsgesellschaft, Registerschutz im Vergleich	98

8. Kapitel:

Zusammenfassung und Prüfungsschema: Rechtsgeschäfte

§ 34. Das Zustandekommen eines Vertrages	98
---	-----------

Dritter Abschnitt:

Schuldverhältnisse

§ 35. Überblick. Grundbegriffe des Schuldrechts	101
I. Das Zweite Buch des BGB	101
II. Die Sonderverbindung	101
III. Das Relativitätsprinzip und die Gestaltungsfreiheit	101
IV. Die Pflichten aus dem Schuldverhältnis	102
1. Hauptleistungspflichten, Nebenleistungspflichten, Schutzpflichten	102
2. Primärpflichten und Sekundärpflichten	102

3. Obliegenheiten	103
V. Die Entstehung der Schuldverhältnisse	103
1. Rechtsgeschäftliche Schuldverhältnisse	103
2. Vertragsverhandlung	104
3. Gesetzliche Schuldverhältnisse. Die klassischen Drei	104
a) Geschäftsführung ohne Auftrag (GoA)	104
b) Unerlaubte Handlung (Delikt)	105
c) Ungerechtfertigte Bereicherung	105

1. Kapitel:

Vertragliche Primäransprüche

§ 36. Die Vertragstypen des Schuldrechts	105
I. Umsatzverträge	106
1. Kauf, Teilzeitwohnrechtsvertrag, Factoring	106
2. Tausch	106
3. Schenkung	106
II. Gebrauchsüberlassungsverträge	107
1. Leihe, Miete, Pacht	107
2. Leasing, Franchising	107
3. Sachdarlehen, Darlehen	108
III. Dienstleistungsverträge	108
1. Werkvertrag, Reisevertrag	109
2. Dienstvertrag, Arbeitsvertrag	109
3. Geschäftsbesorgungsvertrag	109
4. Verwahrungsvertrag, Einbringung von Sachen bei „Gastwirten“ ..	109
5. Maklerverträge	110
6. Auftrag	111
IV. Sonderregelungen	111
1. Handelsrecht	111
2. AGB	111

2. Kapitel:

Vertragsverletzung und unerlaubte Handlung

§ 37. Übersicht	112
I. Die Pflichtverletzung	112
II. Die unerlaubte Handlung	113
III. Vertrag und unerlaubte Handlung	113
IV. Unser Vorgehen im Einzelnen	114

1. Unterkapitel:

Unerlaubte Handlung und Gefährdungshaftung

§ 38. Enumerations- und Verschuldensprinzip	114
I. Allgemeines. Die drei Elemente der unerlaubten Handlung	114
1. Generalklausel und Enumerationsprinzip	114
2. Rechtswidrigkeit	114
3. Verschulden	115
4. Zusammenfassung. Der haftungsbegründende Tatbestand	115

II. Grundtatbestände	115
1. Verletzung eines absoluten Rechts. Filmschauspielerfall	115
a) Absolute Rechte	116
b) Relative Rechte	116
c) Der Filmschauspielerfall	116
2. Verletzung eines Schutzgesetzes. Filmschauspielerfall	117
3. Sittenwidrige vorsätzliche Schadenszufügung. Filmschauspielerfall	117
4. Zusammenfassung. Filmschauspielerfall	118
III. Haftung für Verrichtungsgehilfen	118
IV. Zusammenfassung	120
§ 39. Die Haftung der juristischen Personen	120
I. Juristische Personen des Privatrechts	120
II. Juristische Personen des öffentlichen Rechts	120
1. Hoheitliche Tätigkeit	121
2. Privatrechtliche (fiskalische) Tätigkeit	121
3. Abgrenzungsfragen	121
§ 40. Gefährdungshaftung	122
I. Tiere	122
II. Wildschäden	122
III. Gefahren durch die Technik	123
1. Eisenbahnen	123
2. Kraftfahrzeuge	123
3. Luftfahrzeuge	123
4. Energieleitungen	123
5. Produkthaftung	123
6. Umwelthaftung	124
§ 41. Haftung für ein Unterlassen	124
I. Übersicht: positives Tun und Unterlassen	124
II. Rechtspflichten zum Handeln aus Gesetz und Vertrag	124
III. Rechtspflichten zum Handeln aus vorangegangener Gefahr schaffendem Tun	125
§ 42. Kausalität und Adäquanz. Der Ersatzanspruch	126
I. Kausalität und Adäquanz	126
1. Logisch-naturwissenschaftliche Kausalität	126
2. Adäquanz	126
II. Art und Umfang des Ersatzanspruchs	127
1. Naturalrestitution	127
2. Schadensersatz in Geld	127
3. Entgangener Gewinn	127
4. Nichtvermögensschaden	127
5. Mitverschulden	128
6. Der Schaden Dritter	129
§ 43. Zusammenfassung und Anspruchsschema:	
Unerlaubte Handlung und Gefährdungshaftung	129
A. Unerlaubte Handlung	129
B. Gefährdungshaftung	130

Verletzung von vertraglichen und vorvertraglichen Pflichten

§ 44. Das Dreiphasenmodell und das Vertretenmüssen	130
I. Übersicht	130
II. Das Modell	131
1. Die Phase der Erfüllung der Primärleistungspflicht	131
a) Erfüllung	131
b) Schadensersatz neben der Leistung	131
2. Die Phase der nachgeholten Erfüllung	131
a) Erfüllung, Nacherfüllung	132
b) Einrede des nicht erfüllten Vertrages	132
c) Schadensersatz neben der Leistung	132
aa) Verzögerungsschaden	132
bb) Mangelfolgeschaden	132
cc) Schutzpflichtverletzung	132
3. Die Phase der endgültigen Nichterfüllung	133
a) Rücktritt, Kündigung	133
b) Schadensersatz statt der Leistung	133
c) Ersatz vergeblicher Aufwendungen	133
d) Varianten des Vertretenmüssens	133
III. Das Modell und die vier Pflichtverletzungen	134
IV. Zur Frage eines Fünfphasenmodells	134
V. Vertretenmüssen	135
1. Das Verschuldensprinzip	135
2. Haftungsverschärfung	135
3. Haftungsmilderung	136
§ 45. Unmöglichkeit	137
I. Übersicht	137
II. Die Befreiung des Schuldners von der Primärleistungspflicht	137
1. Wirkliche Unmöglichkeit	137
2. Faktische (praktische) und wirtschaftliche Unmöglichkeit	138
3. Unmöglichkeit wegen persönlicher Unzumutbarkeit	139
4. Die Leistungsgefahr bei der Gattungsschuld	139
a) Marktbezogene Gattungsschuld	139
b) Beschränkte Gattungsschuld	139
c) Beschränkung durch Konkretisierung	139
5. Gefahrübergang beim Annahmeverzug	140
III. Die Rechte des Gläubigers in der Phase der endgültigen Nichterfüllung	141
1. Ersatzansprüche	141
a) Nachträgliche und anfängliche Unmöglichkeit	141
b) Schadensersatz oder Aufwendungsersatz	141
2. Herausgabe des Erlangten	142
3. Befreiung von der Pflicht zur Gegenleistung beim gegenseitigen Vertrag	142
a) Übergabe an den Käufer	142

b) Annahmeverzug	142
c) Übergabe an die Transportperson	143
IV. Zusammenfassung: Varianten des Vertretenmüssens	144
§ 46. Leistungsverzögerung und Verzug	145
I. Die Phase der Erfüllung der Primärleistungspflicht	145
II. Die Phase der nachgeholten Erfüllung	146
1. Leistungsanspruch	146
2. Einrede des nichterfüllten Vertrages	146
3. Verzögerungsschaden.	146
a) Mahnung	146
b) Vertretenmüssen der Verzögerung	147
4. Verzugszinsen und sonstiger Verzugsschaden	147
III. Die Phase der endgültigen Nichterfüllung.	147
1. Nachfristsetzung	147
2. Die Rechte des Gläubigers. Varianten des Vertretenmüssens	148
IV. Fixgeschäfte	149
1. Relatives Fixgeschäft.	149
2. Absolutes Fixgeschäft.	149
§ 47. Die Schutzpflichtverletzung. Erweiterung der vertraglichen Haftung	150
I. Verletzung von Schutzpflichten	150
1. Leistungsinteresse und Integritätsinteresse	150
2. Die Schutzpflichtverletzung im Dreiphasenmodell	151
3. Varianten des Vertretenmüssens in der dritten Phase	151
4. Haftung für Gehilfen	152
II. Verletzung von Pflichten mit Doppelfunktion	152
1. Nebenleistungspflicht und Schutzpflicht	152
2. Hauptleistungspflicht und Schutzpflicht. Mangelfolgeschaden	153
III. Erweiterungen der vertraglichen Haftung.	153
1. Zeitliche Erweiterungen.	153
a) Nachwirkung von Verträgen: culpa post contractum finitum	153
b) Vertragsverhandlung: culpa in contrahendo	154
2. Erweiterungen des geschützten Personenkreises	154
a) Vertrag zu Gunsten Dritter und Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	154
b) Die „Wohl- und Wehe-Fälle“.	155
c) Die „Expertenfälle“	155
d) Vertragsverhandlungen mit Schutzwirkung für Dritte	156
3. Erweiterungen des haftenden Personenkreises	156
a) Sachwalterhaftung	156
b) Eigenes wirtschaftliches Interesse des Vertreters	157
4. Zusammenfassung	158
§ 48. Die Mängelhaftung beim Kauf	158
I. Die Erfüllung der Primärleistungspflicht.	158
1. Freiheit von Sachmängeln	159
a) Die Sollbeschaffenheit	159
b) Montagefehler und fehlerhafte Montageanleitung.	159

c) Falschlieferung und Zuweniglieferung (Mankolieferung)	160
2. Rechtsmängel	160
a) Mangelndes Eigentum	160
b) Dingliche (sachenrechtliche) Rechte Dritter	160
c) Obligatorische (schuldrechtliche) Rechte Dritter	161
d) Öffentlich-rechtliche Beschränkungen	161
e) Öffentlich-rechtliche Abgaben und Lasten	161
3. Rechtsfolgen des Mangels	162
II. Die Phase der nachgeholten Erfüllung	162
1. Nacherfüllung	162
a) Die beiden Formen der Nacherfüllung	162
b) Die Befreiung von einer Form der Nacherfüllung	162
aa) Wirkliche Unmöglichkeit	162
bb) Unverhältnismäßige Kosten	163
cc) Faktische Unmöglichkeit und persönliche Unzumutbarkeit	163
2. Einrede des nicht erfüllten Vertrages	163
3. Erfüllung der Nacherfüllungspflicht	163
4. Schadensersatz neben der Leistung	163
a) Schaden durch mangelhafte Lieferung	164
b) Schaden durch verzögerte Nacherfüllung	164
c) Schaden an anderen Rechtsgütern (Mangelfolgeschaden)	164
d) Schaden infolge Minderwert der Sache (eigentlicher Mangelschaden)	164
e) Schaden durch Verletzung nicht mangelbezogener Schutzpflichten	164
f) Schaden durch mangelunabhängige Leistungsverzögerung	165
III. Die Phase der endgültigen Nichterfüllung	165
1. Gemeinsame Voraussetzungen	165
2. Rücktritt	166
3. Minderung	166
4. Schadensersatz statt der Leistung	166
a) Großer Schadensersatz	166
b) Kleiner Schadensersatz	167
5. Ersatz vergeblicher Aufwendungen	167
6. Kein automatisches Freiwerden von der Gegenleistungspflicht	167
7. Zusammenfassung: Varianten des Vertretenmüssens	167
IV. Ansprüche des Käufers aus einer Garantie	168
1. Garantiegeber	168
2. Selbständiger Garantievertrag und unselbständige Garantie	168
3. Garantiefornen	169
a) Beschaffenheitsgarantie	169
b) Haltbarkeitsgarantie	169
c) Andere als die Mängelfreiheit betreffende Anforderungen	170
4. Rechte des Käufers im Garantiefall	170
V. Verjährung der Rechte des Käufers	171
1. Der Normalfall	171
2. Ausnahmefälle	171

a) Dingliche (sachenrechtliche) Herausgabeansprüche Dritter.....	171
b) Bauwerke und Baumaterial.....	171
c) Arglist.....	172
3. Die Verjährung bei Rücktritt und Minderung.....	172
4. Verkürzung der Verjährungsfrist.....	173
5. Hemmung der Verjährung durch Verhandlungen.....	173
VI. Ausschluss und Einschränkung der Rechte des Käufers.....	173
1. Vertragliche Änderungen.....	173
2. Gesetzlicher Ausschluss.....	174
3. Die Rüge beim beiderseitigen Handelskauf.....	174
VII. Konkurrenzfragen.....	175
1. Anfechtung wegen Eigenschaftsirrtum.....	175
2. Anfechtung wegen arglistiger Täuschung.....	175
3. Schutzpflichtverletzung und culpa in contrahendo.....	176
4. Unerlaubte Handlung.....	176
a) Mangelfolgeschaden.....	176
b) Weiterfressender Schaden.....	176
5. Produkthaftungsgesetz.....	176
VIII. Der Verbrauchsgüterkauf.....	177
1. Geltungsumfang.....	177
2. Ausgeschlossene Vorschriften.....	178
a) Leistungszeit.....	178
b) Gefahrtragung beim Versendungskauf.....	178
c) Kein Nutzungsersatz bei Neulieferung im Rahmen der Nacherfüllung.....	178
d) Keine Begrenzung der Mängelansprüche des Käufers bei öffentlichen Versteigerungen.....	179
3. Halbzwingendes Recht.....	179
4. Beweislastumkehr.....	179
5. Garantien.....	179
6. Der Rückgriff des Unternehmers in der Lieferkette.....	180
a) Voraussetzungen für den Rückgriff.....	180
b) Synchronisierung der Beweislastumkehr.....	180
c) Synchronisierung der Verjährung.....	181
d) Ausschluss und Einschränkung der Regresshaftung.....	181
e) Personelle Erweiterung der Rückgriffshaftung.....	181
§ 49. Die Mängelhaftung beim Werkvertrag.....	182
I. Die primäre Leistungspflicht: mangelfreie Leistung.....	182
II. Die Phase der nachgeholten Erfüllung.....	182
1. Nacherfüllung.....	182
2. Schadensersatz neben der Leistung.....	182
III. Die Phase der endgültigen Nichterfüllung.....	182
1. Voraussetzungen.....	183
2. Rechtsfolgen.....	183
IV. Die Verjährung der Rechte des Bestellers.....	183
1. Der Normalfall: Körperliche Werke.....	183
2. Der Sondertatbestand: Bauwerke.....	183

3. Der Restatbestand	184
§ 50. Geschäftsgrundlage	184
I. Vorgeschichte	184
II. Objektive und subjektive Geschäftsgrundlage	184
III. Fallgruppen	185
1. Äquivalenzstörung	185
a) Der Grundsatz: Nominalismus	185
b) Ausnahmen	186
2. Leistungerschwerung	186
a) Grundsatz	186
b) Ausnahmen	186
3. Zweckstörung	187
a) Grundsatz	187
b) Ausnahmen	187
4. Gemeinschaftlicher Irrtum	187
a) Grundsatz	188
b) Ausnahmen	188
IV. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen aus wichtigem Grund	188
V. Zusammenfassung. Das Vorgehen im praktischen Fall	188

3. Unterkapitel:

Das Problem des Drittschadens

§ 51. Relativitätsprinzip, Enumerationsprinzip, Drittschadensliquidation ...	189
I. Drittschaden im Vertragsrecht	189
II. Drittschaden im Deliktsrecht	190
III. Schaden und haftungsbegründender Tatbestand	190
IV. Die Drittschadensliquidation	190

3. Kapitel:

Verbraucherschutzrecht

§ 52. Verbraucherschutzrecht im engeren Sinne.	191
I. Überblick	191
1. Verbraucherschutzrecht im engeren und im weiteren Sinne	191
2. Das Gesetz zur Umsetzung der Verbraucherrechterichtlinie und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Wohnungs- vermittlung.	192
3. Unser Vorgehen	193
II. Definitionen: Verbraucher und Unternehmer	194
1. Verbraucher	194
2. Unternehmer	195
III. Die einzelnen Vorschriften des Schuldrechts	195
1. Allgemeiner Teil des Schuldrechts: Besondere Vertriebsformen	195
a) Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge	195
b) Fernabsatzverträge	195
c) Elektronischer Geschäftsverkehr	195
2. Besonderer Teil des Schuldrechts: Kauf und Kredit	196

a) Kaufverträge	196
aa) Der Verbrauchsgüterkauf	196
bb) Teilzeit-Wohnrechteverträge, Verträge über langfristige Urlaubsprodukte, Vermittlungsverträge und Tausch- systemverträge	196
b) Kreditverträge	196
aa) Der Verbraucherdarlehensvertrag	196
bb) Finanzierungshilfen	197
cc) Ratenlieferungsverträge	197
dd) Verbundene Verträge	197
3. Zusammenhängende Verträge	197
4. Unbestellte Leistungen und Gewinnzusagen	198
a) Unbestellte Leistungen	198
aa) Ausschluss vertraglicher Ansprüche	198
bb) Ausschluss außervertraglicher Ansprüche	198
cc) Verhältnis zu Dritten	199
b) Gewinnzusagen	199
5. AGB-Recht: Erweiterungen des AGB-Schutzes bei Verbraucher- verträgen	199
IV. Gemeinsamkeiten	199
1. Halbzwingendes Recht	199
2. Allgemeine Pflichten und Grundsätze bei Verbraucherverträgen ..	200
3. Besondere Pflichten und Grundsätze bei einzelnen Verbraucherverträgen	200
4. Widerrufsrecht	200
a) Widerrufserklärung	201
b) Widerrufsfrist	201
c) Rechtsfolgen	201
aa) Rückgabe der empfangenen Leistungen	201
bb) Rückzahlung, Lieferkosten, Rücksendekosten	201
cc) Zurückbehaltungsrecht des Unternehmers	202
dd) Wertersatz	202
V. Umtausch	202
§ 53. Verbraucherschutzrecht im weiteren Sinne	202
I. Der Wohnraummietvertrag	202
1. Vertragsschluss und Vertragsdauer, Kündigung	203
a) Vertragsschluss und Vertragsdauer	203
b) Außerordentliche fristlose Kündigung	203
c) Ordentliche Kündigung des Mieters	203
d) Ordentliche Kündigung des Vermieters	203
2. Die Miete und Betriebskosten	203
3. Wechsel der Vertragsparteien	204
a) Kauf bricht nicht Miete	204
b) Vorkaufsrecht des Mieters	204
c) Tod einer Vertragspartei	204
4. Vermieterpfandrecht	204
II. Der Reisevertrag	204

1. Nur ein Vertragspartner	205
2. Rücktritt vor Reisebeginn	205
3. Kündigung wegen höherer Gewalt	205
4. Reisemängel	205
a) Abhilfe	205
b) Minderung	206
c) Kündigung wegen Mangels	206
d) Schadensersatz	206
e) Ausschlussfrist, Verjährung	206
III. Sonderregeln für Verbraucher im Produkthaftungsgesetz	206

4. Kapitel:

Geschäftsführung ohne Auftrag als vertragsähnliches Schuldverhältnis

§ 54. Voraussetzungen und Rechtsfolgen bei der GoA	207
I. Berechtigte und unberechtigte GoA	207
II. Die Rechte des Geschäftsführers	208
III. Die Rechte des Geschäftsherrn	209

5. Kapitel:

Zusammenfassung und Klausurschemata: Vertrag und unerlaubte Handlung

§ 55. Fälle mit Schwerpunkt im Schuldrecht	209
I. Das Grundmuster	209
II. Die selektive Anwendung des Grundmusters	210
III. Die Falltypen	211
1. Falltypus: Erfüllung eines Vertrages	211
2. Falltypus: Schadensersatz (und andere Sekundäransprüche)	212
§ 56. Anspruchsschema: Vertrag und unerlaubte Handlung	212
I. Vertragliche und vertragsähnliche Ansprüche	212
A. Vorprüfung	212
B. Das Dreiphasenmodell	213
C. Die einzelnen Pflichtverletzungen	213
1. Unmöglichkeit	213
a) Leistungsbefreiung des Schuldners	213
b) Rechte des Gläubigers	214
2. Leistungsverzögerung und Verzug	215
a) Rechte des Gläubigers in der Phase der nachgeholten Erfüllung	215
b) Rechte des Gläubigers in der Phase der endgültigen Nichterfüllung	215
c) Absolutes Fixgeschäft	216
3. Schutzpflichtverletzung	216
a) Schadensersatz neben der Leistung	216
b) Rechte des Gläubigers in der Phase der endgültigen Nichterfüllung	216
4. Mängelhaftung beim Kauf	216

a) Gefahrübergang, Sach- und Rechtsmangel	216
b) Rechte des Käufers in der Phase der Nacherfüllung	217
c) Rechte des Käufers in der Phase der endgültigen Nichterfüllung	217
d) Ansprüche aus Garantie	218
e) Verjährung, Rügefrist	218
f) Konkurrenzfragen	219
g) Verbrauchsgüterkauf	219
5. Mängelhaftung beim Werkvertrag	220
a) Rechte des Bestellers in der Phase der Nacherfüllung	220
b) Rechte des Bestellers in der Phase der endgültigen Nichterfüllung	220
c) Verjährung	220
D. Vertragsähnliche Ansprüche	220
1. Vertragsverhandlung	220
2. Geschäftsführung ohne Auftrag	221
II. Unerlaubte Handlung und Gefährdungshaftung	221
A. Unerlaubte Handlung	221
B. Gefährdungshaftung	222

Anhang

§ 57. Verjährung	222
I. Die Einrede der Verjährung	222
II. Die Elemente der Verjährung	223
III. Regelmäßige Verjährung	223
1. Die Verjährungsfrist	223
2. Der Verjährungsbeginn	223
a) Regelmäßiger Verjährungsbeginn	223
b) Grenzsetzung durch Höchstfristen	223
c) Grundregel	224
d) Sonderregel: Schadensersatzansprüche	224
IV. Spezielle Verjährungsfristen	226
V. Hemmung der Verjährung	226
VI. Neubeginn der Verjährung	227
VII. Ausschlussfrist. Verwirkung	227

Vierter Abschnitt:

Sachen, Sachenrechte, Kreditsicherungen

1. Kapitel:

Die Grundbegriffe

§ 58. Der Sachbegriff	229
§ 59. Bestandteile und Zubehör	230
I. Übersicht	230
1. Bestandteile	230
2. Zubehör	231
II. Bestandteile	231

1. Wesentliche Bestandteile	231
a) Die einzelnen Regeln	231
b) Wirtschaftliche Betrachtungsweise	232
2. Unwesentliche Bestandteile	233
III. Zubehör	234
1. Bedeutung des Zubehörs	234
2. Definition	234
§ 60. Allgemeine Grundsätze über dingliche Rechte.	235
I. Absolutheit	235
II. Typenzwang	235
III. Publizitätsprinzip (Offenkundigkeitsprinzip)	235
IV. Bestimmtheit	236
§ 61. Der Besitz	236
I. Besitz und Eigentum	236
II. Erwerb und Verlust des Besitzes	237
III. Unmittelbarer und mittelbarer Besitz	237
IV. Besitzdiener	238
V. Eigenbesitz und Fremdbesitz	238

2. Kapitel:

Erwerb und Verlust des Eigentums an beweglichen Sachen

§ 62. Übereignung von beweglichen Sachen.	238
§ 63. Verbindung, Vermischung, Verarbeitung	240
I. Verbindung	240
II. Vermischung	240
III. Verarbeitung	240
IV. Ausgleichsansprüche	241
§ 64. Aneignung und Eigentumsaufgabe. Fund	241
I. Aneignung	241
II. Eigentumsaufgabe	242
III. Fund	242

3. Kapitel:

Sicherheiten an beweglichen Sachen und Forderungen

§ 65. Übersicht. Der Realkredit.	242
I. Grundstücke (Immobiliarkredit)	243
II. Bewegliche Sachen (Mobiliarkredit)	243
III. Forderungen	243
IV. Schema Realkredit	244
§ 66. Pfandrechte.	244
I. Vertragliches Pfandrecht	244
1. Verpfändung von Sachen	245
a) Einigung und Übergabe	245
b) Keine Verpfändung mit Besitzkonstitut	245
c) Einigung und Abtretung des Herausgabeanspruchs	246

2. Verpfändung von Rechten	246
II. Gesetzliche Pfandrechte	246
1. Gesetzliche Pfandrechte des BGB	246
2. Gesetzliche Pfandrechte des HGB	247
§ 67. Sicherungsübereignung und Sicherungszession	247
I. Der Nachteil der Verpfändung	247
1. Bewegliche Sachen: Übergabe gem. § 1205 I	247
2. Forderungen: Anzeige gem. § 1280	247
II. Der Behelf der Praxis	247
1. Bewegliche Sachen: Sicherungsübereignung gem. § 930	247
a) Bestimmtheit der Sachen	248
b) Konkretes Besitzkonstitut	248
c) Verwertung, Rückübertragung, Freigabeanspruch	249
2. Forderungen: Sicherungszession gem. § 398	249
a) Bestimmbarkeit der Forderungen	249
b) Unübertragbare Forderungen	250
c) Rückübertragung	250
III. Die Ermächtigung des Kaufmanns zur Übereignung und zum Inkasso	250
1. Bewegliche Sachen: Ermächtigung zur Weiterübereignung	250
2. Forderungen: Inkassoermächtigung	250
IV. Die Auffüllung der Lücken	251
1. Bewegliche Sachen; Antizipiertes Besitzkonstitut	251
2. Forderungen	251
a) Vorausabtretung, Globalzession	251
b) Mantelzession	252
V. Zusammenfassung: Möglichkeiten und Grenzen	252
§ 68. Der Eigentumsvorbehalt	253
I. Wirtschaftliche Bedeutung	253
II. Die Vereinbarung des Eigentumsvorbehalts	253
1. Schuldrechtliche Wirkungen	253
2. Sachenrechtliche Wirkungen	254
III. Das Anwartschaftsrecht	254
1. Die Wirkungen der bedingten Einigung	254
2. Rechtsnatur des Anwartschaftsrechts	255
IV. Besondere Ausgestaltungen des Eigentumsvorbehalts	255
1. Verarbeitungsvorbehalt	255
2. Verlängerter und weitergeleiteter Eigentumsvorbehalt	256
3. Kontokorrentvorbehalt	256
§ 69. Zusammenfassung und Aufbauschema:	
Die Rechtsbehelfe Dritter in der Zwangsvollstreckung und im Insolvenzverfahren	256
I. Einzelvollstreckung	257
1. Drittwiderspruchsklage	257
2. Klage auf vorzugsweise Befriedigung aus dem Erlös	257
II. Gesamtvollstreckung (Insolvenzverfahren)	258

1. Aussonderung	258
2. Absonderung	258

4. Kapitel:
Der Gutgläubensschutz bei beweglichen Sachen

§ 70. Übersicht	259
I. Die grundsätzliche Regelung	259
1. Grundsatz	259
2. Ausnahme: Abhandenkommen	260
3. Ausnahme von der Ausnahme: § 935 II	260
4. Ersitzung	260
II. Abhandenkommen	260
1. „ohne“	260
2. „Wille“	261
3. „aus dem unmittelbaren Besitz gelangt“	261
III. Der schuldrechtliche Ausgleich durch § 816	262
IV. Zur Frage des Gutgläubensschutzes bei Forderungen	263
1. Der Grundsatz der Priorität	263
2. Globalzession und verlängerter Eigentumsvorbehalt	263
§ 71. Gutgläubiger Erwerb des Eigentums	264
I. Guter Glaube an das Eigentum	264
1. Einigung und Übergabe	264
2. Einigung und Vereinbarung eines Besitzkonstituts	264
3. Einigung und Abtretung des Herausgabeanspruchs	265
II. Guter Glaube an die Verfügungsbefugnis	265
1. Guter Glaube an die Ermächtigung	265
2. Guter Glaube an die Vertretungsmacht	266
§ 72. Gutgläubiger Erwerb des Pfandrechts	266
I. Vertragliche Pfandrechte	266
II. Gesetzliche Pfandrechte	266
§ 73. Gutgläubig-lastenfreier Erwerb des Eigentums	267
I. Übersicht	267
1. Abhandenkommen	268
2. Erlöschen der Pfandrechte aus anderen Gründen	268
II. Einzelfälle	268

5. Kapitel:
Dingliche Rechte an Grundstücken

§ 74. Traditionsprinzip und Eintragungsgrundsatz	269
I. Bewegliche Sachen: Traditionsprinzip	269
II. Grundstücke: Eintragungsgrundsatz	269
§ 75. Das Grundbuch	270
I. Allgemeines	270
II. Vormerkung und Widerspruch	271
1. Die Vormerkung	271

2. Der Widerspruch	271
§ 76. Hypothek, Grundschuld, Rentenschuld	272
I. Das akzessorische Grundpfandrecht: die Hypothek	272
1. Verkehrshypothek	272
2. Sicherungshypothek	272
II. Die nichtakzessorischen Grundpfandrechte: Grundschuld und Rentenschuld	273
1. Grundschuld	273
2. Eigentümergrundschuld	273
3. Rentenschuld	274

6. Kapitel:

Zusammenfassung und Klausurschema: Sachenrecht

§ 77. Fälle mit Schwerpunkt im Sachenrecht	274
§ 78. Die Herausgabeansprüche aus Eigentum und aus ungerechtfertigter Bereicherung	276
I. Eigentum	276
II. Ungerechtfertigte Bereicherung	277
§ 79. Anhang. Der sachenrechtliche Abwehranspruch aus § 1004 BGB	279

7. Kapitel:

Personalkredit

§ 80. Übersicht	280
I. Maßnahmen zur Durchsetzung des Anspruchs	280
1. Schuldschein	281
2. Abstraktes Schuldanerkenntnis	281
3. Vollstreckbare Urkunden	282
4. Wechsel	282
II. Sicherheit durch Haftung eines Dritten	283
1. Bürgschaft und ähnliche Schuldverhältnisse	283
2. Wechsel	283
§ 81. Bürgschaft und bürgschaftsähnliche Schuldverhältnisse	283
I. Voraussetzungen	283
1. Bürgschaftsvertrag	283
2. Hauptverbindlichkeit	284
II. Die Regressansprüche des Bürgen	285
III. Bürgschaftsähnliche Schuldverhältnisse	285
1. Kreditauftrag	285
2. Kumulative Schuldübernahme	286
3. Selbständiger Garantievertrag	286
§ 82. Zusammenfassung und Aufbauschema:	
Haftung für Verbindlichkeiten Dritter kraft Vertrages	286
I. Verbindlichkeit des Dritten	287
II. Besonderer Haftungsgrund	287

§ 83. Übersicht	289
-----------------------	-----

1. Kapitel:
Kaufmann und Firma

§ 84. Kaufleute	289
I. Übersicht	290
1. Formkaufleute	290
2. Gewerbe	290
a) Kaufmann kraft Betätigung (Istkaufmann, Musskaufmann)	290
b) Kaufmann kraft Eintragung (Kannkaufmann)	290
c) Land- und Forstwirte (Kannkaufleute)	291
3. Scheinkaufleute	291
II. Die Kaufleute im Einzelnen	291
1. Formkaufleute	291
2. Gewerbe	292
a) Kaufmann kraft Betätigung (Istkaufmann, Musskaufmann)	292
b) Kaufmann kraft Eintragung (Kannkaufmann)	293
c) Land- und Forstwirt (Kannkaufmann)	293
3. Scheinkaufmann	294
a) Unrichtige Eintragung im Handelsregister	294
b) Sonstige Fälle	294
c) Scheinhandelsgesellschaft	295
4. Zusammenfassung und Prüfungsschema	295
§ 85. Personenhandelsgesellschaften	296
I. Kleinwerbetreibende	296
II. Besitzgesellschaften	296
§ 86. Die Firma	297
I. Begriff	297
II. Firmengrundsätze	297
1. Firmenwahrheit	297
2. Firmenunterscheidbarkeit (Firmenexklusivität)	298
3. Firmenbeständigkeit (Firmenkontinuität)	298
4. Firmeneinheit	299
5. Firmenöffentlichkeit (Firmenpublizität)	299
III. Firmenschutz	299

2. Kapitel:
Handelsgeschäfte

§ 87. Handelsgeschäfte	300
I. Grundzüge	300
1. Erhöhte Pflichten	300
2. Erweiterte Rechte	301
3. Besondere Sicherungsmittel	301

4. Erhöhter Vertrauensschutz	301
II. Der Begriff des Handelsgeschäfts	302
§ 88. Personeller Anwendungsbereich der Vorschriften über die Handelsgeschäfte	303
I. Scheinkaufleute	303
II. Nichtkaufleute	303
III. Die selbständigen Hilfspersonen des Kaufmanns	304

Sechster Abschnitt: Kapitalmarktrecht

§ 89. Einführung	305
-------------------------------	------------

1. Kapitel: Grundlagen des Kapitalmarktrechts

§ 90. Der Kapitalmarkt als Teil des Finanzmarktes	306
I. Kapitalmarkt	306
II. Geldmarkt	306
III. Devisenmarkt	306
IV. Termin- oder Derivatemarkt	307
§ 91. Die Struktur des Kapitalmarkts	307
I. Primär- und Sekundärmarkt	307
1. Primärmarkt	307
2. Sekundärmarkt	308
II. Organisierte und nicht organisierte Märkte	308
1. Börsen	308
2. Regulierte Märkte	309
3. Multilaterale Handelssysteme – Freiverkehre	309
4. Grauer Kapitalmarkt	310
5. Schaubild: Erscheinungsformen von Märkten	311
§ 92. Kapitalmarktrecht im engeren Sinne	311
§ 93. Ziele und Aufgaben des Kapitalmarktrechts	312
I. Funktionsschutz	312
1. Institutionelle Funktionsfähigkeit	313
2. Operationale Funktionsfähigkeit	313
3. Allokative Funktionsfähigkeit	313
II. Anlegerschutz	313
§ 94. Kapitalmarkt- und Finanzierungsprodukte	314
I. Aktien	315
II. Anleihen	315
III. Pfandbriefe	315
IV. Aktienverwandte Produkte	315
V. Termingeschäfte, Derivate	316
VI. Anteile an Investmentfonds	316
§ 95. Kapitalmarktaufsicht	316

I. Grundlagen	316
II. Aufgaben im Überblick	318

2. Kapitel:

Wesentliche Regelungsbereiche des Kapitalmarktrechts: Wertpapierhandelsrecht, Börsenrecht, Wertpapierprospektrecht und Investmentrecht

§ 96. Rechtsquellen des Kapitalmarktrechts	318
§ 97. Wertpapierhandelsrecht	320
I. Anwendungsbereich	320
1. Finanzinstrumente	320
2. Wertpapiere	320
3. Geldmarktinstrumente	321
4. Derivate	322
5. Zeichnungsrechte und Produkte des Grauen Kapitalmarkts.	322
II. Wesentliche Pflichten und Verbote	323
1. Insiderüberwachung	323
2. Insiderpapiere	323
3. Insiderinformation	323
4. Verbot von Insidergeschäften	324
5. Ad-hoc-Publizität	324
6. Directors' Dealings	325
7. Pflicht zur Führung von Insiderverzeichnissen	325
8. Verbot der Marktmanipulation	325
9. Veröffentlichungspflichten bei Veränderung von Stimmrechts- anteilen	326
III. Verhaltensregeln für Wertpapierdienstleistungsunternehmen	326
1. Kundenkategorisierung	326
2. Allgemeine (Wohl-) Verhaltenspflichten	327
3. „Best Execution“ – Grundsatz der bestmöglichen Auftrags- ausführung	330
4. Zuwendungen	330
§ 98. Börsenrecht	331
I. Grundlagen	331
1. Funktion der Börse	331
2. Börse im formellen Sinne	331
II. Organisation der Börse	332
III. Aufgaben der Börse	333
1. Zulassung und Einbeziehung von Wertpapieren	333
2. Preisermittlung	333
IV. Pflichten der Emittenten nach Zulassung	333
1. Gleichbehandlungsgrundsatz	334
2. Unterrichts- und Informationspflichten	334
3. Auskunft	334
§ 99. Wertpapierprospektrecht	334
I. Wertpapierprospektgesetz	334

1. Grundlagen.....	334
2. Prospektpflicht.....	335
3. Prospektarten.....	335
4. Billigung und Veröffentlichung des Prospekts.....	335
II. Prospektpflicht nach Vermögensanlagengesetz.....	336
1. Grundlagen.....	336
2. Regulierung des Grauen Kapitalmarkts durch das Vermögensanlagengesetz.....	336
3. Prospektpflicht.....	337
§ 100. Investmentrecht.....	337
I. Anwendungsbereich.....	338
II. Verwaltungsgesellschaften.....	339
III. Erlaubnispflicht.....	339
IV. Pflichten für den Vertrieb.....	339
V. Prospekthaftung.....	340

3. Kapitel: Individueller Anlegerschutz

§ 101. Anspruchsgrundlagen des individuellen Anlegerschutzes.....	340
I. Ansprüche aus Staatshaftung.....	341
1. Verletzung von Amtspflichten.....	341
2. Verletzung von Europarecht.....	341
II. Vertragliche und vorvertragliche Haftung.....	342
1. Verletzung einer vertraglichen Pflicht.....	342
2. Verletzung einer vorvertraglichen Pflicht.....	343
3. Verjährung.....	343
III. Gesetzliche Vertrauenshaftung.....	343
1. Prospekt.....	344
2. Ad-hoc-Mitteilung (Insiderinformation).....	345
IV. Gewohnheitsrechtliche Grundsätze.....	346
1. Zivilrechtliche Prospekthaftung.....	346
a) Weiter Prospektbegriff.....	346
b) Adressaten der Haftung.....	346
c) Verjährung.....	346
d) Konkurrenzfragen.....	347
2. Recht der Publikums-KG.....	347
V. Deliktische Haftung (Unerlaubte Handlung).....	347
1. Schuldhafte Verletzung eines absoluten Rechts nach § 823 I BGB ..	347
2. Schuldhafte Verletzung eines Schutzgesetzes nach § 823 II BGB ...	347
a) Strafvorschriften.....	347
b) Wertpapierhandelsgesetz.....	348
c) Börsengesetz.....	348
3. Sittenwidrige vorsätzliche Schädigung nach § 826 BGB.....	349

4. Kapitel:

Grundlagen und Übertragung von Wertpapieren

§ 102. Übersicht	349
I. Die vier Grundprinzipien	349
II. Die drei Arten von Wertpapieren und ihre Übertragung	350
§ 103. Einfache (schlichte) Liberationspapiere	350
§ 104. Namenspapiere (Rektapapiere)	351
§ 105. Orderpapiere	352
I. Übersicht	352
II. Die Eigenschaften der Orderpapiere	352
§ 106. Inhaberpapiere	352
I. Die einzelnen Inhaberpapiere	353
II. Die Eigenschaften der Inhaberpapiere	353

Siebenter Abschnitt:

Gesellschaften und Vereine

§ 107. Vorbemerkung	355
---------------------------	-----

1. Kapitel:

Die Ordnungsgesichtspunkte

§ 108. Gesellschaften und Vereine	356
I. Die beiden Grundformen	356
1. GbR und e.V.	356
2. Die Sonderformen	357
II. Gesellschaften (im engeren Sinne)	357
1. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts als Grundform	357
2. Die OHG und die Sonderformen der OHG: KG, PartG und EWIV ..	358
a) Die offene Handelsgesellschaft	358
b) Die Kommanditgesellschaft	358
c) Die Partnerschaft und die Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung	359
d) Die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung	359
3. Die Innengesellschaft und ihre Sonderform: die stille Gesellschaft	360
a) Die Innengesellschaft	360
b) Die stille Gesellschaft	361
III. Vereine und ihre Sonderformen	362
1. Der eingetragene Verein	362
2. Der nichtrechtsfähige Verein	362
3. Die Sonderformen	363
a) Die Aktiengesellschaft	363
b) Die Europäische Aktiengesellschaft	363
c) Die Kommanditgesellschaft auf Aktien	364
d) Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung und die Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	364

e) Die eingetragene Genossenschaft	365
IV. Schema Gesellschaften und Vereine	365
V. Vor- und Nachteile des Systems	366
§ 109. Personen- und Kapitalgesellschaften	366
I. Die beiden Grundtypen	366
II. Die einzelnen Gesellschaften	367
III. Das System in der Praxis	368
§ 110. Handelsgesellschaften	369
§ 111. Arten der Vermögensbindung	370

2. Kapitel: Die wichtigsten Fragen

§ 112. Geschäftsführung und Vertretung	371
I. Innenverhältnis und Außenverhältnis	371
II. Die Entscheidungsbereiche im Innenverhältnis	371
1. Personengesellschaften	372
2. Kapitalgesellschaften und eingetragene Genossenschaft	372
III. Entscheidungsbereich. Allein- und Gesamtbefugnis	373
IV. Personengesellschaften	374
1. Gesellschaft bürgerlichen Rechts	374
a) Geschäftsführung	374
b) Vertretung	374
2. Offene Handelsgesellschaft	375
a) Geschäftsführung	375
b) Vertretung	375
3. Kommanditgesellschaft	375
a) Geschäftsführung	375
b) Vertretung	375
4. Partnerschaft	376
a) Geschäftsführung	376
b) Vertretung	376
5. Stille Gesellschaft	376
a) Geschäftsführung	376
b) Vertretung	376
V. Kapitalgesellschaften und eingetragene Genossenschaft	376
1. Gesellschaft mit beschränkter Haftung	377
a) Geschäftsführung	377
b) Vertretung	377
2. Aktiengesellschaft	377
a) Geschäftsführung	377
b) Vertretung	378
3. Kommanditgesellschaft auf Aktien	378
a) Geschäftsführung	378
b) Vertretung	378
4. Eingetragene Genossenschaft	379
a) Geschäftsführung	379

b) Vertretung	379
VI. Vereine des BGB	379
1. Eingetragener Verein	379
a) Geschäftsführung	379
b) Vertretung	379
2. Nichtrechtsfähiger Verein	380
§ 113. Haftung, Beitrags- und Nachschusspflicht	380
I. Unterscheidungen	380
II. Personengesellschaften	380
1. Gesellschaft bürgerlichen Rechts	381
2. Offene Handelsgesellschaft	381
3. Kommanditgesellschaft	381
4. Partnerschaft und Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung	382
5. Stille Gesellschaft	383
III. Kapitalgesellschaften und eingetragene Genossenschaft	383
1. Kapitalgesellschaften	383
2. Eingetragene Genossenschaft	384
IV. Vereine des BGB	385
1. Eingetragener Verein	385
2. Nichtrechtsfähiger Verein	385
§ 114. Gründung	385
I. Personengesellschaften	385
1. Gesellschaftsvertrag	385
2. Gründungsprüfung	386
3. Eintragung	386
a) Personenhandelsgesellschaften	386
b) Partnerschaft	387
4. Mangelhafte Gründungsakte	387
II. Kapitalgesellschaften und eingetragene Genossenschaft	387
1. Errichtung der Satzung	387
2. Übernahme der Anteile	388
3. Bestellung der Organe	388
4. Leistung auf die Einlage	388
5. Gründungsbericht	388
6. Gründungsprüfung	388
7. Anmeldung zum Register	389
8. Prüfung durch das Gericht	389
9. Eintragung	389
10. Mangelhafte Gründungsakte	389
III. Vereine des BGB	390
1. Eingetragener Verein	390
2. Nichtrechtsfähiger Verein	391
§ 115. Die Übertragung von Mitgliedschaften	391
I. Personengesellschaften	391
1. Gesellschaft bürgerlichen Rechts	392

2. Offene Handelsgesellschaft	392
3. Kommanditgesellschaft	392
4. Partnerschaft	393
II. Kapitalgesellschaften	393
1. Gesellschaft mit beschränkter Haftung	393
2. Aktiengesellschaft	393
III. Eingetragene Genossenschaft	394
§ 116. Auflösung und Abwicklung	394

Achter Abschnitt: Zivilprozess und Insolvenzverfahren

1. Kapitel: Der Zivilprozess

§ 117. Übersicht	397
I. Erkenntnisverfahren und Zwangsvollstreckung	397
1. Erkenntnisverfahren	397
2. Zwangsvollstreckung	397
3. Ausnahmen	397
II. Rechtsstaatliche Grundsätze	398
1. Gewaltenteilung	398
2. Öffentlichkeit	398
3. Rechtsmittel	398
4. Prozesskostenhilfe	399
§ 118. Die Gerichte im Zivilprozess	399
I. Staatliche Gerichte	399
1. Amtsgerichte	399
2. Landgerichte	400
3. Oberlandesgerichte	400
4. Bundesgerichtshof	400
II. Private Schiedsgerichte	400
1. Schiedsrichter	400
2. Schiedsgutachter	400
§ 119. Das Erkenntnisverfahren	401
I. Partei- und Prozessfähigkeit	401
II. Örtliche Zuständigkeit	401
III. Klageerhebung und Rechtshängigkeit	401
IV. Klagearten	401
1. Leistungsklage	401
2. Feststellungsklage	402
3. Gestaltungsklage	402
V. Einlassungsfrist	402
VI. Mündliche Verhandlung	402
VII. Darlegungs- und Beweisstation	402
VIII. Entscheidungen und Rechtsmittel	404
1. Urteile	404

a) Berufung	404
b) Revision	404
2. Beschlüsse und Verfügungen	404
IX. Versäumnisurteil	405
X. Mahnverfahren	405
XI. Schiedsrichterliches Verfahren und Schiedsgutachterverfahren	406
1. Schiedsrichterliches Verfahren	406
2. Schiedsgutachterverfahren	406
§ 120. Die Zwangsvollstreckung	407
I. Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung	407
1. Vollstreckbarer Titel	407
2. Vollstreckungsklausel	408
3. Zustellung des Titels	408
II. Durchführung der Zwangsvollstreckung	408
III. Arrest und einstweilige Verfügung	410
1. Arrest	410
2. Einstweilige Verfügung	411
3. Gemeinsame Vorschriften	411

2. Kapitel: Das Insolvenzverfahren

§ 121. Übersicht	411
§ 122. Das Verfahren	412
I. Das Eröffnungsverfahren	412
1. Voraussetzungen für die Verfahrensöffnung	412
a) Antragsrecht und Antragspflicht	412
b) Eröffnungsgrund	412
c) Ausreichende Masse	413
2. Anordnung vorläufiger Maßnahmen	413
3. Eröffnungsbeschluss	413
II. Die Subjekte des Verfahrens	413
1. Insolvenzgericht	413
2. Schuldner	414
3. Insolvenzverwalter	414
4. Gläubiger	415
a) Aussonderungsberechtigte	415
b) Absonderungsberechtigte Gläubiger	415
c) Massegläubiger	416
d) Insolvenzgläubiger	417
5. Gläubigerorganisation	417
III. Insolvenzmasse, Istmasse, Sollmasse	418
1. Die Abwicklung schwebender Rechtsgeschäfte	418
2. Aufrechnung	419
IV. Insolvenzanfechtung, Anfechtungsgesetz	419
1. Allgemeine Anfechtung	419
2. Besondere Anfechtung	420

V. Der Gang des Verfahrens	420
1. Berichtstermin	420
2. Prüfungstermin	421
3. Verteilung, Schlusstermin und Aufhebung des Verfahrens	421
VI. Die Restschuldbefreiung	421
VII. Der Insolvenzplan	422
VIII. Besondere Verfahrensgestaltungen	423
1. Eigenverwaltung	423
2. Verbraucherinsolvenzverfahren	423

Neunter Abschnitt: Die juristische Klausurarbeit

§ 123. Die juristische Aufbautechnik	425
I. Die Aufgabenarten	425
II. Die drei Grundregeln	425
III. Die einzelnen Arbeitsgänge	426
IV. Schwerpunktbildung	429
V. Die beiden Klippen	429
1. Die erste Klippe	429
2. Die zweite Klippe	430
§ 124. Zusammenstellung der Falltypen und Klausurschemata	430
I. Die vom Grundschemata erfassten Schemata	430
II. Die vom Grundschemata nicht erfassten Schemata	431
§ 125. Das große Grundschemata	431
I. Vertragliche und vertragsähnliche Ansprüche	432
A. Vorprüfung, Zustandekommen eines Vertrages	432
B. Vertragliche Ansprüche	434
(A) Primäransprüche	435
(B) Die einzelnen Pflichtverletzungen	436
1. Unmöglichkeit	436
a) Drei Arten der Unmöglichkeit	436
b) Rechte des Gläubigers	436
2. Leistungsverzögerung und Verzug	437
a) Rechte des Gläubigers in der Phase der nachgeholten Erfüllung	437
b) Rechte des Gläubigers in der Phase der endgültigen Nichterfüllung	437
c) Absolutes Fixgeschäft	438
3. Schutzpflichtverletzung	438
a) Schadensersatz neben der Leistung	438
b) Rechte des Gläubigers in der Phase der endgültigen Nichterfüllung	438
4. Mängelhaftung beim Kauf	439
a) Gefahrübergang, Sach- und Rechtsmangel	439
b) Rechte des Käufers in der Phase der Nacherfüllung	439
c) Rechte des Käufers in der Phase der endgültigen Nichterfüllung	440

d) Ansprüche aus Garantie	440
e) Verjährung, Rügefrist.	441
f) Konkurrenzfragen	441
g) Verbrauchsgüterkauf	441
5. Mängelhaftung beim Werkvertrag	442
a) Rechte des Bestellers in der Phase der Nacherfüllung	442
b) Rechte des Bestellers in der Phase der endgültigen Nicht- erfüllung.	442
c) Verjährung	442
C. Vertragsähnliche Ansprüche	443
1. Vertragsverhandlung	443
2. Geschäftsführung ohne Auftrag	443
II. Ansprüche aus Eigentum	444
1. Herausgabeanspruch	444
2. Berichtigungsanspruch	444
3. Abwehransprüche	444
III. Ansprüche aus unerlaubter Handlung und Gefährdungshaftung	445
A. Unerlaubte Handlung	445
B. Gefährdungshaftung	445
IV. Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung	446
§ 126. Sonderschema: Haftung für Verbindlichkeiten Dritter	447
I. Verbindlichkeit des Dritten	447
II. Besonderer Haftungsgrund	447
A. Haftung kraft Vertrages	447
1. Kreditauftrag	448
2. Kumulative Schuldübernahme	448
3. Befreiende Schuldübernahme	448
4. Garantievertrag	448
B. Haftung kraft Gesetzes	448
1. Übertragungen unter Lebenden	448
2. Übergang von Todes wegen	449
3. Zugehörigkeit zu einer Personengesellschaft	449
4. Zugehörigkeit zu einem Verein	450
Verzeichnis lateinischer Wörter und Sprüche	451
Sachregister	453